



Votum für Abschussplan

Pro und Kontra Rehwildabschussplanung / Landespläne in Sachen Jagd / Versammlung des Rheinischen Verbandes der Eigenjagdbesitzer und Jagdgenossenschaften (RVEJ) in Bonn

Seit 2008 wird im Rahmen eines wissenschaftlichen Pilotprojektes in sechs Gebieten von Nordrhein-Westfalen – im Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn, im Hochsauerlandkreis sowie in den Kreisen Höxter, Kleve, Warendorf – untersucht, wie sich die Aufhebung des Abschussplanes auf den Rehwildbestand und die Wildschadenssituation auswirkt. Das Projekt endet im nächsten Jahr. Bereits am Dienstag vergangener Woche war die Frage „Rehwildabschussplanung: Beibehalten oder Abschaffen?“ schon Thema bei der Mitgliederversammlung des Rheinischen Verbandes der Eigenjagdbesitzer und Jagdgenossenschaften (RVEJ) in Bonn-Röttgen. Zudem wurden von den Mitgliedern mit Spannung die Aussagen von Dr. Martin Woike, Abteilungsleiter Forsten und Naturschutz im Düsseldorfer Umweltministerium, zu den Plänen der neuen Landesregierung bezüglich Jagd und Jagdsteuer erwartet. Der Grund: Im Koalitionsvertrag wurde ein an ökologischen Prinzipien und dem Tierschutz ausgerichtetes Jagdrecht sowie die Wiedereinführung der Jagdsteuer angekündigt.



Antonius von Boeselager



Markus Wolff



Dr. Martin Woike

zige sichere Weiser. Statt des behördlichen Abschussplanes sollte besser eine regelmäßige Revierbegehung und Begutachtung durch Grundeigentümer und Jagdausübungsberechtigte erfolgen und daraus resultierend eine gemeinsame Festlegung der Abschusszahlen erfolgen. Als Argument für die Rehwildabschussplanung bezeichnete von Boeselager, dass die Untere Jagdbehörde die unterschiedlichen Interessen (Jäger möchten einen ausreichenden Wildbestand, Grundeigentümer/Waldbesitzer die Wildschäden im Rahmen halten und zugleich einen hohen Ertrag aus der Jagdpacht erzielen) zusammenführen und einen Ausgleich erzielen könne. Bei Wegfall des Abschussplanes sehe er den „Frieden im Dorf“ gefährdet. Zudem sei der Abschussplan bei einer Neuverpachtung die „Menükarte“ des Revieres.

Bei der anschließenden Diskussion sprachen sich anwesende Vertreter von Jagdgenossenschaften eher für die Beibehaltung des Abschussplanes aus, während Eigenjagdbesitzer eher für dessen Abschaffung plädierten. Um zu wissen, wie sich der RVEJ bei weiteren Ge-

sprächen, insbesondere mit dem Ministerium, positionieren sollte, ließ von Boeselager abstimmen. Hierbei sprach sich die überwiegende Zahl der anwesenden Mitglieder für die Beibehaltung des behördlichen Abschussplanes aus.

Jagdlisch wird sich einiges ändern

Als Horrorszenarien bezeichnete Dr. Martin Woike Berichte, nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf wolle man nun in NRW aus der Jagd aussteigen. Nichtsdestotrotz müsse zur Kenntnis genommen werden, dass sich die gesellschaftlichen Anforderungen an die Jagd geändert hätten. „Gerade dem Aspekt Tierschutz wird im Koalitionsvertrag besondere Bedeutung beigemessen“, betonte der Ministeriumsvertreter. Zu den Eckpunkten, die neu diskutiert werden müssten, gehöre die zeitgemäße Jagd. Das Prinzip der Nachhaltigkeit sei oberste Prämisse, so Woike. Als Weiteres nannte er den Katalog der jagdbaren Wildarten, die Jagdzeit auf Wildgänse, den Wald-Wild-Konflikt und die Jagd in Schutzgebieten. Zur Diskussion ständen zudem die Fallenjagd und die Ausbildung von Jagdhunden am lebenden Wild sowie der Abschuss wilder Katzen und Hunde. Ziel sei es, den Koalitionsvertrag mit Leben zu füllen, wobei dies unter Einbeziehung aller betroffenen Gruppierungen, also Jägern, Tier- und Naturschützern erfolgen soll.

Mit Spannung erwartet wurde zudem, was seitens Düsseldorf in Sachen Jagdsteuer angedacht ist. Es sei keine flächendeckende Wiedereinführung geplant, so Woike. Stattdessen sollen die Kreise selbst darüber entscheiden. Ausdrücklich bekenne sich sein Haus jedoch zur Zwangsmitgliedschaft der Grundeigentümer in Jagdgenossenschaften. „Das Reviersystem ist der Schlüssel zur nachhaltigen Jagdausübung“, zitierte Woike NRW-Umweltminister Johannes Rimmel.

Angesichts der geplanten Jagdrechtsnovellierung zeigte sich Rainer Deppe, jagdpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, besorgt. Sein Appell an alle Landnutzer (Jäger, Land- und Forstwirte) lautete daher: „Versuchen Sie möglichst zusammenzuhalten. Denn wenn keine Einigkeit besteht, kann die Politik machen, was sie will. In dem Zusammenhang sei es auch wichtig, schwarze Schafe anzuprangern, da diese eine „Einfallspforte“ seien, um dann für alle eine Regelung zu treffen. bp

Mehrheit für behördlichen Abschussplan

„Bevor wir seitens des Verbandes eine Stellungnahme zur Rehwildabschussplanung gegenüber dem Ministerium abgeben, interessiert uns Ihre Meinung“, forderte der RVEJ-Vorsitzende Antonius von Boeselager zum Meinungsaustausch auf. Vor der eigentlichen Diskussion mit den Mitgliedern wurden von ihm und Markus Wolff, Leiter des Stadtförstamtes Remscheid als „Gegenseite“, in einer Art „Rollenspiel“ Gründe, die für bzw. gegen eine Beibehaltung der behördlichen Rehwildabschussplanung sprechen, vorgetragen. So stellte Wolff, der sich selbst als Befürworter der Abschaffung „outete“, infrage, ob durch den Abschussplan das in § 1 Bundesjagdgesetz formulierte Hegeziel – ein angepasster und artenreicher Wildbestand sowie die Vermeidung von Wildschäden – tatsächlich erreicht wird. Zudem basiere die Abschussberechnung nur auf „Unbekannten“. Wer wisse schon, wie hoch der Ausgangsbestand, der Zuwachs und die Fallwildzahl tatsächlich sei. Als weitere Argumente für die Abschaffung des Rehwildabschussplanes nannte Wolff, dass die Berechnung nur am „grünen Tisch“ erfolge und die Interessen der Grundeigentümer nicht ausreichend berücksichtigt seien. So werde erst seit den 1990er-Jahren die Verbisssituation in Form der forstlichen Stellungnahme bei der Abschussplanung mit einbezogen. Dabei sei nur der Zustand der Waldvegetation der ein-

Gläserne Wabe 2010

Zum 16. Mal wurde am Sonntag im Mühlenhof-Museum Münster die „Gläserne Wabe“ für den besten Honig der Stadt Münster vergeben. Seit 1992 lassen die Imker der Stadt Münster ihren Honig auf Rückstände aus der Varroabehandlung analysieren. 1995 wurde vom Veterinäramt der Stadt Münster und dem Bieneninstitut der Landwirtschaftskammer ein Wanderpreis ins Leben gerufen, die „Gläserne Wabe“, die jedes Jahr jenen Honig besonders auszeichnet, der bei der Honigbewertung am besten abgeschnitten hat und zudem frei von nachweisbaren Rückständen aus der Varroabehandlung ist. In diesem Jahr gewann erneut der „Mühlenhof-Imker“ Arnold Terwey aus Albachten die „Gläserne Wabe“. Den zweiten und dritten Platz belegten Paul Walter aus Handorf und Hildegard Schröder aus Münster. Insgesamt sind in Münster 94 Imker organisiert, die 870 Bienenvölker betreuen. Dr. Werner Mühlen

Bienenzuchtberaterin

Neue Bienenzuchtberaterin an der Landwirtschaftskammer (LWK) NRW ist Marlene Backer-Struß. Am 1. Oktober trat die Diplom-Öcotrophologin ihren Dienst an. Nachdem sie über Jahre das Gebiet der Lebensmittelhygiene, Qualitätssicherung und Direktvermarktung an der LWK vertreten hat, soll Backer-Struß in der Bienenkunde der LWK nun den Schwerpunkt Honigqualität und -sensorik sowie Hygiene in Imkereibetrieben und Direktvermarktung regionaler Honige vertreten. Sie ist wie folgt zu erreichen: Tel. (02 51) 23 76-667, Fax -551, E-Mail: marlene.backer-struss@lwk.nrw.de.

